



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21881 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/126 - 9. Juni 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Strauss musste gehen Ein Hindernis weniger auf dem Wege zur Gipfelkonferenz	47
2 - 3	Ein Kongress voll kontroverser Problematik Spannung auf dem 6. Bergarbeiterkongress	100
4	Wahl-Führer-Raison 1958 Von Fritz Heine	35
5 - 6	Bewissensnöte deutscher Katholiken Ein Wort zur Haltung kirchlicher Organe	48
6 - 7	Adenauer und der rheinische Separatismus Zwei unbestechliche Kronzeugen	65
8	Um den Verpflegungssatz der Bundeswehr Wie die Verpflegung, so die Bewegung	48

* * * * *
* * * * *

Strauss müsste gehen

ler. In dem Titanenkampf zwischen den Anhängern eines Wettstreits in atomaren Waffen und den Befürwortern einer Einstellung der nuklearen Testexplosionen als erste Vorstufe zu einem umfassenden Rüstungsabkommen ist dieser Tage eine höchst bedeutsame Entscheidung gefallen: Der amerikanische Präsident Eisenhower hat das freiwillig-unfreiwillige Rücktrittsgesuch des Vorsitzenden der amerikanischen Atomenergie-Kommission, Lewis L. Strauss, angenommen. Lewis Strauss gehörte mit dem Vater der Wasserstoffbombe, Teller, zu den Einseitigern eines harten Kurses im Verhältnis zur Sowjetunion. Beide stützten sich auf mächtige Kräfte im State-Department und der engsten Umgebung Eisenhowers. Der amerikanische Präsident wie auch sein Außenminister schwankten lange, auf welche Seite der Waage sie ihre Sympathie und Unterstützung legen sollten. Der erbittert geführte Kampf wogte lange Zeit unentschieden hin und her. In diesem dramatischen Ringen blieb nun Strauss auf der Strecke, er will sich in die Privatwirtschaft, aus der er zu einem der wichtigsten Ämter der Vereinigten Staaten berufen worden war, wieder zurückziehen. Über diese Demission besteht kein Anlass des Bedauerns.

Am gleichen Tage, an dem Strauss seine Demission bekanntgab, bestätigte der amerikanische Außenminister Dulles der Sowjetunion vor der Kommission des Senats für Auswärtige Beziehungen, dass sie unter den heutigen Umständen keinen Krieg wolle und genau so wie die Vereinigten Staaten bestrebt seien, ihre Rüstungslasten zu reduzieren. Moskaus Zustimmung zu technischen Besprechungen über die Überwachung eines Versuchslaboratoriums für Kernwaffenversuche und die Annahme der Eisenhower-Vorschläge für die Überwachung der Antarktis bezeichnete Dulles als "ermutigend" - ein gewiss ungewöhnliches Urteil aus dem Munde eines Mannes, der sich bisher in den Gefilden des Kalten Krieges so wohl fühlte.

Die gegenseitige Annäherung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten in Fragen der Inspektion und der Einstellung von Testexplosionen kommt nicht von ungefähr; sie mag durch die Entwicklung in Frankreich stark beeinflusst sein, ja, sie geradezu bedingen. Ein in absehbarer Zeit zu erreichendes Abkommen über diese zwei Fragen müsste dem Drang Frankreichs, vierte Atomkraft zu werden, mächtige Dämpfer aufsetzen. Es ist undenkbar, dass die bisherigen drei Atomkräfte - USA, Grossbritannien und die Sowjetunion - sich über die Einstellung der Versuchsexplosionen einig werden und dann ruhig zusehen, wie eine westliche Macht über den Wüsten der Sahara über die Beschlüsse der drei Grossen hinweg eigene Atombomben explodieren lässt. Die Demission von Strauss und die vielleicht bald bevorstehende Kaltstellung Tellers bekunden zumindest den Willen der gegenwärtigen politischen Führung der USA, ihrerseits keine Hindernisse bestehen zu lassen, oder neue zu errichten, die den Weg zu einer Verständigung mit der Sowjetunion versperren. Für den bundesdeutschen Strauss mag dies eine herbe Enttäuschung sein, für die Völker jedoch ist dies ein Lichtblick.

+ + +

Ein Kongress voll kontroverser Problematik

rd - Es dürfte zu den ausgesprochenen Seltenheiten gehören, wie sie bei der Eröffnung der sechsten Generalversammlung der IG-Bergbau, dem in München tagenden "Parlament der Bergarbeiter" zu erleben war, dass bereits in den Begrüßungsansprachen der Gäste all die kontroversen Probleme aufblitzen, mit denen sich ein Kongress in seinem Ablauf zu beschäftigen haben wird. Heinrich Guthermt, der Vorsitzende der Bergarbeiter-Gewerkschaft, hatte in einer wohlgesetzten Rede und mit grossem Geschick alle Gegensätze überbrückt, die sich nicht aus der inneren Situation dieser Gewerkschaft, sondern eben aus der Zeit ergeben, in die dieser Kongress gestellt ist. Doch die Probleme waren stärker; stärker die Zeitumstände, die sie stellen und stärker die innere Bewegung, die sie bei uns allen erzeugen - die Delegierten und Gäste dieses Kongresses nicht ausgenommen.

Die Gegensätzlichkeiten dieser Probleme liegen nicht in der IG-Bergbau selbst; man wird damit rechnen können, dass zu allen angeschnittenen Fragen der Kongress zu einer weitgehend einheitlichen Stellungnahme kommt. Sie liegt in der Stellung der Gewerkschaften in unserer Demokratie. Ihr ist die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen aufgetragen, gegenüber einer Regierung, deren Politik zu prononciert gegen die Arbeitnehmerinteressen gerichtet ist und die mittels Hilfsorganisationen versucht, Einfluss auf die Gewerkschaften zu gewinnen.

Es ist das Bestreben der Regierung und der sie tragenden Parteien, diese grösste demokratische Organisation, unter Anrufung ihrer politischen Toleranz - oft auch unter dem Vorwand konfessioneller Duldsamkeit - entweder durch Neutralisierung politisch zu entmachten, oder sie innerlich zu zersetzen und - wo das nicht mehr zu wirken scheint - mit der Einengung gewerkschaftlicher Freiheit durch ein Gewerkschaftsgesetz zu drohen. Die Formel dieser Drohung ist: man denke zur Zeit nicht daran ...

Die Probleme, um die es hier geht, sind: die Sozialisierung des Bergbaus, die Atomfrage, die Hilfstuppe der CDU/CSU "Christlich-soziale Kollegenschaft" und - was naturgemäss die Bergarbeiter brennend interessiert - die Feierschichten, die Kohlenhalden, die Absatzkrise als Wirkungen einer falschen Wirtschaftspolitik.

Der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, hatte die wachsenden Halden und die Feierschichten - und damit die einseitige Verlagerung der Risiken einer falschen Wirtschaftspolitik - in seiner mit starkem Beifall unterstrichenen Rede als eine unbestreitbare Folge der "Sozialen Marktwirtschaft" bezeichnet, die einen neuen Beweis für die Notwendigkeit einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung des Kohlenbergbaues liefere. Arbeitsminister Franz Blank, der als Vertreter der Bundesregierung auch die mit brummendem Protest aufgenommenen Grüsse Prof. Erhardt überbrachte, verwehrte sich gegen diesen Angriff. Er verwies auf die auch in den anderen Ländern der Kontinental-Union wachsenden Halden, die wohl nicht auf soziale Marktwirtschaft zurückgeführt werden.

könnten. Nach seiner Darstellung sei die Bundesregierung unablässig um eine allseits befriedigende Lösung in unserer Kohlewirtschaft bemüht, doch das Schwergewicht der Zuständigkeiten liege bei Luxemburg.

Sicher nicht um den Arbeitsminister und um die Bundesregierung zu korrigieren, sondern in sachlicher Berichterstattung über die Bemühungen der Hohen Behörde, um die kontinuierliche Beschäftigung des europäischen Kohlenbergbaus und damit der Sicherheit des Arbeitsplatzes der Bergarbeiter, schilderte Dr. Heinz Potthoff die europäische Kohlenlage aus der Sicht Luxemburgs, sowie die von hier aus getroffenen und angeregten Massnahmen.

Obgleich im ersten Quartal 1958 die Wirtschaft der Montanländer noch einen Zuwachs von 3 % gegenüber dem ersten Quartal 1957 erreichte, habe die allgemeine Wirtschaftslage den Bergbau beeinflusst, der von konjunkturellen Schwankungen unmittelbarer betroffen sei als andere Wirtschaftszweige. In diesem Zeitraum seien die Halder von ihrem niedrigsten Stand seit 1945 auf etwa das dreifache gewachsen. Besonders der belgische Bergbau sei betroffen, der allein im Mai 300 000 Feierschichten mit 250 000 t Förderausfall gehabt habe, gegenüber nur 240 000 Feierschichten mit 300 000 t Förderausfall im westdeutschen Kohlenbergbau von Januar bis Mitte Mai. Ausser der wirtschaftlichen Abschwächung seien dafür noch andere Gründe massgebend, z.B. die Kohleeinführen. Die Zuständigkeit der Handelspolitik gegenüber dritten Ländern liege aber bei den Regierungen, nicht bei der Montan-Union.

Auch der steigende Heizölverbrauch, der innerhalb von vier Jahren von 1,5 Mio t auf 5,3 Mio t gewachsen sei, spiele eine Rolle, der marktstrategisch nur mit einer richtigen Preispolitik beizukommen sei. Trotzdem bleibe auch in der Zukunft ein struktureller Mangel an einheimischer Kohle, sobald die wirtschaftliche Entwicklung wieder fortschreite.

Man darf aus diesen Bemerkungen wohl schliessen, dass es für den Übergang auf eine ausgleichende Wirtschaftspolitik in den Ländern ankommt, wie sie zur Teil auch von der Hohen Behörde angeregt wurden, z.B. den Abschluss langfristiger Verträge mit Grossabnehmern, zu denen es zum Bedauern der Behörde bisher kaum gekommen ist.

Die wichtigste Bemerkung Dr. Heinz Potthoffs schien jedoch, im Zusammenhang mit der Forderung nach Sozialisierung gesehen, dass aus dem französischen Kohlenbergbau bisher keine Feierschichten bekannt geworden seien. Er erwähnte nicht - durfte nicht und brauchte auch nicht zu erwähnen, dass der französische Kohlenbergbau nationalisiert ist. Bei ihm sind die Halderbestände nicht gewachsen. Auch im britischen nationalisierten Kohlenbergbau, bei dem zwar auch die Halder wuchsen, wurden bisher keine Feierschichten eingelegt. Aber hier lag das Kriterium der Bemerkungen Ollenhauers zur deutschen Kohlewirtschaftspolitik, dass sie einseitig auf die Schultern der Bergarbeiter die Risiken einer falschen Wirtschaftspolitik verlagert. Auf die Schultern der gleichen Bergarbeiter, von denen man in der Zeiten der Not besonders Opfer gefordert hat. Hier den gerechten Ausgleich zu finden ist eben der angeblich sozialen Marktwirtschaft, die sich ohne Rücksicht auf soziale Risiken ausschliesslich am privaten Gewinn orientiert, nicht möglich. Um so dringender die Forderung, durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung diesen gerechten Ausgleich zu suchen.

Wahl-Führer-Reisen 1958

Von Fritz Heine

Autobahn Düsseldorf-Köln: Hochbetrieb am Sonntagabend mit Tausenden von Kraftfahrern.

Kurz nach 20.00 Uhr sperrt ein grosses Aufgebot von Polizisten den Verkehr. Über Kilometer hinweg zwingen sie Autobusse, Privatwagen und Krafträder zum Halten in Einerreihe. In wenigen Minuten entsteht eine Schlange von Hunderten und Aberhunderten von Fahrzeugen vieler Nationen.

Längere Wartezeit, dann Motorengeheul und Signalgeban: Die Auto- und Kradkarawans des Bundeskanzlers rast im Hüllentempo an der endlosen wartenden Wagenkette vorüber... die deutschen und ausländischen ADAC-Untertanen dürfen weiterfahren, die ap kalyptischen Reiter der Autobahn 1958 haben den Weg hinter ihnen freigegeben.

Der CDU-Vorsitzende Adenauer - offenbar auf Wahlreisen in diesen Tagen - lässt die autobahnfahrenden Bürger und Ausländer am Strassenrand zum Halten bringen - auch das ist die Bundesrepublik, und es ist ein höchst eindrucksvolles Symbol für die Geisteshaltung Adenauers und seines Gefolges.

Für ihn existieren offenbar nicht die gleichen Gesetze, denen sich der Bundespräsident, der Bundestagspräsident und die 50 Millionen übrigen Bundesrepublikaner unterwerfen, abgesehen von den Kriminellen, die auf der anderen Seite ebenfalls ausserhalb der Gesetze stehen.

Es bestehen Gebote, die ungestraft offenbar nur ein einziger in der Bundesrepublik missachten darf: Dr. Konrad Adenauer, sei er auch auf Propagandareisen für seine Partei. Er darf ja auch die zulässigen Höchstgeschwindigkeiten überschreiten, er darf z.B. im Gegensatz zu allen anderen Deutschen verkehrt in eine Einbahnstrasse einfahren, und wir erleben es täglich, dass es leider nicht nur die Gebote des Verkehrs sind, über die sich der Herr Bundeskanzler hinwegsetzt.

Der König von Schweden fährt mit der Strassenbahn zu seinem Dienstsitz. Der Kanzler der Bundesrepublik lässt die Mitbürger an den Autobahnrand beordern, damit er seine Parteigeschäfte besser erledigen kann. Es sind Kleinigkeiten im grossen Geschehen der Politik. Aber auch an ihnen ist der Unterschied zwischen einem demokratisch geführten Land wie Schweden und an der Adenauer-geführten Bundesrepublik abzulesen.

Gewissensnöte deutscher Katholiken

sp - Katholiken untereinander haben eine heftige Fekde begonnen, deren Ernsthaftigkeit und Notwendigkeit täglich eindringlicher wird: Es dürfe keine "kirchliche Zentralstelle für eine politische Inneneinrichtung" geben, so hat der ehemalige katholische Jugendführer Christian Mayer-Amery am 23. Mai 1958 in Würzburg seinen Glaubensgenossen warnend zugerufen und sie darauf hingewiesen, dass jede Massnahme der Bundesregierung in Bonn von der kirchlich-katholischen Presse unverzüglich ins Weltanschauliche verlängert werde, im Dienste Adenauers. Das Wort hat die besorgten Männer und Frauen in der Katholischen Kirche in der Bundesrepublik tief berührt; es wird vielfach zitiert und besprochen.

Was ist daran? Das Wort warnt vor einer Verfälschung der kirchlichen Sendung. Man kann nicht zweien Herren dienen, man kann nicht Gott dienen und dem Mammon. Der mutige Sprecher fasste vor allem die kirchliche Presse unnachsichtig an und warf ihr vor, dass sie ein Monopol für die Regierungspolitik in der katholischen Publizistik geschaffen habe:

"Fast alle Presseerzeugnisse der katholischen Landesorganisationen, fast alle katholischen Blätter mit praktisch garantierter Auflage, die teilweise an den Kirchentüren verkauft werden, die Majorität der katholisch orientierten Tageszeitungen und die Majorität sogar der Diözesanblätter bemühen sich seit Jahr und Tag, ihren Lesern die Politik der Bundesregierung schmackhaft zu machen. Dieses Bemühen wird teilweise mit journalistischen Mitteln verfolgt, die man schliankweg als unethisch bezeichnen muss".

Das sagte Mayer-Amery, und er sagte damit nur etwas, was ungezählte Katholiker seit Jahren mit zunehmender Besorgnis sehen.

Wir haben ergreifende Auseinandersetzungen zwischen Geistlichen der Katholischen Kirche und ihren Gläubigen erlebt, in denen um die Haltung der Bischöfe gerungen wurde: Katholisch kann nicht gleich einer politischen Partei sein, so war die eine These der um ihre innere Freiheit in weltlichen Dingen ringenden Menschen und die andere: "Es ist ja gar nicht alles christlich, was sich so nennt und was doch nur der Politik, nicht aber Gott nützlich wird."

Auch die Gläubigen der Katholischen Kirche haben ein sicheres Wissen darüber, dass es in weltlichen Auseinandersetzungen Für und

Wider, Regierung und Opposition gibt und geben muss und dass ihr Glaube sie nicht auf eine Richtung festlegen darf. Das aber wird versucht. Vieles in unserem Lande, das sich katholisch nennt, räumt nur sein Anliegen und meint, es könne auf diese Weise erfolgreicher auch auf politischem Gebiet wirken. Das gilt in erster Linie für Zeitungen, Zeitschriften und Korrespondenzen. Zu Zehntausenden stehen Katholiken in anderen Parteien als der CDU - das nehmen diese Organe nicht zur Kenntnis. Sie dienen nicht Gott, sie dienen dem Mammon. Der Katholik aber ist in der Bindung seines Glaubens ein Freier, auch und vor allem zum Zwecke der Ordnung der Dinge in dieser Welt. Wo die Bedrängten sind, dort ist sein Platz zuerst und immer wieder.

* * *

Adenauer und der rheinische Separatismus

sp - Bundeskanzler Dr. Adenauer hat sich kürzlich vor der CDU/CSU-Fraktion heftig dagegen gewehrt, Separatist genannt zu werden. Dieser Vorwurf bezog sich auf seine Haltung in den zwanziger Jahren. Was sagen zwei unbestechliche Kronzeugen dazu? Wir zitieren:

"Auf deutscher Seite gab es eine kleine Separatistenpartei, von deren Führern der Staatsanwalt Dr. Dorten, Smeets und Matthes am bekanntesten geworden sind. Die Separatisten waren vielfach unter sich gespalten und hatten in der Bevölkerung keinen festen Boden. Gefährlich wurden ihre Treibereien erst durch die Unterstützung französischer Militärs und durch die Schwäche gewisser bürgerlicher Kreise, die die Lostrennung des Westens vom Reich für unvermeidlich hielten und sich ausschließlich und innerlich auf sie umzustellen begannen. Zu ihnen gehörten vor allem der Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer und der Bankier Louis Hagen, der mit Tirard über die Schaffung einer besonderen Goldwährung für das Rheinland verhandelte".

(Stamper: "Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik", Hamburg 1953, S. 355)

"Die ersten Bestrebungen auf Änderung der staatsrechtlichen Stellung der Rheinlande machten sich bald nach dem Einmarsch der Besatzungsmächte im Dezember 1918 an zahlreichen Orten geltend, zunächst ohne jede Andeutung revolutionärer Absicht. Am 4. Dezember beschlossen zwei große Versammlungen von Zentrumsanhängern in Köln die baldige Proklamierung einer zum Deutschen Reich gehörenden rheinisch-

westfälischen Republik; bekannte Politiker: Trimborn, Froberger, Kattert, Adenauer und andere, waren in der Bewegung führend. Die Sozialdemokratische Partei, entschieden unitarisch gerichtet, unterstützt namentlich von der Deutschen Volkspartei, der einflussreiche Industrielle angehörten, leistete heftigen Widerstand und setzte durch, dass von einer Verfolgung dieser Pläne vor der Schaffung einer neuen deutschen Gesamtverfassung Abstand genommen wurde. Auch die neugewählte preussische Landesversammlung sprach sich am 24. März 1919 einstimmig, bei Stimmenthaltung des Zentrums, gegen alle Loslösungsbestrebungen des Rheinlandes von Preussen aus. Die Reichsregierung nahm ebenfalls scharf Stellung gegen die Bewegung, als bekannt wurde, dass bereits Besprechungen mit den französischen Stellen eingeleitet worden waren."

(Friedensburg: "Die Weimarer Republik",
Berlin 1946, S. 113)

"Nach dem Zusammenbruch des deutschen Widerstandes im Ruhrkampf (1923) war aber zeitweilig die Bildung eines von Deutschland mehr oder weniger losgelösten, von Frankreich abhängigen Rhein-Ruhr-Staates in bedenkliche Nähe gerückt. Das Reich war nicht mehr finanziell in der Lage, die Bevölkerung zu erhalten, und der endgültige Zusammenbruch der Währung legte hier noch mehr als in vielen anderen Landesteilen den Gedanken nahe, sich ein eigenes wertbeständiges Zahlungssystem zu schaffen. Auch führende Köpfer, an deren deutscher Gesinnung Zweifel nicht möglich sind, wie Adenauer, Louis Hagen, Stirnes, Jannes, strebten auf verschiedenen Wegen Lösungen an, die das Reich zeitweilig von der untragbaren Last befreien, den besetzten Gebieten aber im Einvernehmen mit der übermächtigen Gewalt der französischen Bajonette ein zeitweiliges Sonderdasein ermöglichen sollten."

(Friedensburg, e.a.O., S. 121)

"Der preussische Ministerpräsident Braun wandte sich am 4. Dezember 1923 vor dem zustimmenden Landtag scharf gegen jede Loslösung auch nur von Preussen. Auch die Reichsregierung, vor allem Stresemann selbst, gab noch in den kritischen Tagen den Widerstand nicht auf. Starke Teile in der Bevölkerung im besetzten Gebiet selbst, vor allem die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften aller Richtungen, blieben fest, auch als weite Kreise des Bürgertums wankend schienen."

(Friedensburg, e.a.O., S. 122)

Beide Historiker, der Sozialdemokrat Stampfer und der christliche Demokrat Friedensburg, halten die jetzt von Adenauer herausgestellte Verurteilung zum Tode durch die Separatisten für so nebensächlich, dass sie sie nicht erwähnen. Das historische Bild des Separatisten Adenauer wird durch diese Sache nicht verän­dert.

+ + +

Um den Verpflegungssatz der Bundeswehr

FB. Der Satz war zu allen Zeiten und in allen Armeen der Welt gültig: Wie die Verpflegung, so die Bewegung.

Auch die neue deutsche Bundeswehr kann sich von ihm nicht lossagen. Ist das Essen schlecht, ist auch die Laune trüb.

Doch mehr im Ernst gesprochen, die Klagen über die Verpflegung bei der Bundeswehr reißen nicht ab. Insbesondere der erste Jahrgang der entlassenen Wehrpflichtigen hat bei den Beanstandungen am Ende der Dienstzeit immer wieder die Verpflegung angegeben. Das Bundesverteidigungsministerium wiederum bestreitet eventuelle Missetände und erklärt, die Verpflegung sei ausreichend. Es gibt lediglich zu, daß in der Qualitätsverbesserung einiges getan werden könnte. Zu sagen, wer wirklich recht hat, reicht es noch nicht einmal aus, ein Ernährungswissenschaftler zu sein, denn offensichtlich sind die Mägen von 20-jährigen anders konstruiert, als man es sich in den Schreikstuben der Verpflegungsverwaltung träumen läßt.

Da aber die Klagen nicht abreißen, hat die SPD den sprichwörtlichen Stier bei den Hörnern ergriffen und in diesen Tagen im Haushaltsausschuß beantragt, den Verpflegungssatz von DM 2,50 auf DM 3,-- zu erhöhen. Und damit die Berufssoldaten und länger Dienenden nicht neutern, sie sind davon im umgekehrten Sinne nicht betroffen. Diesen Männern soll nämlich wie bisher von den Bezügen nur ein Betrag von DM 2,50 für die Verpflegung pro Tag einbehalten werden. Bei diesen Gruppen soll es also dabei bleiben, d.h. der fehlende Betrag von D. 0,50 müßte vom Bund zugeschossen werden.

Aber siehe da, die CDU/CSU sah sich nicht in der Lage, diesem sozialdemokratischen Antrag zuzustimmen, obwohl dadurch nur eine Mehrausgabe pro Jahr von 35 Mio DM entstehen würde. Bei einem Gesamtetat von 10.900 Mio DM im Einzelplan 14 ist das wirklich nicht weltbewegend.

Der einzige Erfolg, den die SPD erzielen konnte, - wenn sie nicht eine sofortige und endgültige Ablehnung riskieren wollte - war, daß es ihr gelang, einen 4-köpfigen Unterausschuß durchzusetzen, der mit Vertretern des Finanz- und Verteidigungsministeriums und des Bundesrechnungshofes die Angelegenheit noch einmal überprüfen soll. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß es diesem Unterausschuß gelingen könne, einen Vorschlag zu unterbreiten, der dann einstimmige Annahme finden könnte.

Ein "kleiner Fisch?" O, nein, hier geht es um eine symptomatische Frage. Es ist nicht allein damit getan, daß man nur Soldaten haben will, sondern man muß auch für die Menschen, die es werden sollen, sorgen. Die SPD hat immer erklärt, daß sie bei aller politischen Ablehnung der Militärpolitik der Bundesregierung in der Sorge um den einzelnen Mann sich von niemanden werde übertreffen lassen, eine Politik, die auf dem Stuttgarter Parteitag noch einmal nachdrücklich bestätigt worden ist. Bei den diesjährigen Haushaltsberatungen hat die SPD getreu dieser Linie operiert. So ist ihr beispielsweise in der Frage der Fliegerzulagen ein voller Erfolg beschieden gewesen. Trotz der ablehnenden Haltung der CDU/CSU hofft sie auch, daß es bei den Verpflegungssätzen doch noch klappt, denn unumstößlich gilt seit Jahrhunderten und in der Zukunft der Satz: Wie die Verpflegung, so die Bewegung.

-----+-----
Verantwortlich: Günter Markscheffel